Enthornen schmerzt nachhaltig

Kühe Erstmals zeigt eine wissenschaftliche Studie, dass das Ausbrennen der Hörner die Schmerzempfindlichkeit eines grossen Teils der Kälber beeinflusst – ihr ganzes Leben lang.

Eva Novak

Es gebe keine Studien, «die belegen, dass das Enthornen das Wohlergehen der Tiere unverhältnismässig beeinträchtigt»: So argumentierte der Bundesrat in seiner Botschaft zur Hornkuh-Initiative und beantragte folgerichtig, diese zur Ablehnung zu empfehlen. Doch nun, nachdem das Parlament der Regierung gefolgt ist, besagt eine wissenschaftliche Untersuchung das Gegenteil. Sie zeigt, dass Kälber nicht nur gleich nach dem Ausbrennen der Hornansätze an Schmerzen leiden, sondern noch Monate danach.

Zu diesem Befund zu kommen, war nicht so einfach – schon nur, weil Tiere nicht sprechen können. «Schmerz ist eine individuelle Empfindung, und das lässt sich nur mit Worten beschreiben», sagt Claudia Spadavecchia, Professorin für Veterinäranästhesiologie und Schmerztherapie an der Vetsuisse-Fakultät der Universität Bern. Verhaltensänderungen seien bei chronischen Schmerzen nicht zu erwarten, denn Rinder seien von ihren Anlagen her Beutetiere: «Um Raubtieren nicht als leichte Beute aufzufallen, dürfen sie chronischen Schmerz nicht zeigen und versuchen, ihn zu verstecken.»

Erhöhte Empfindlichkeit auch drei Monate danach

«Was Tiere genau empfinden, können wir nur aufgrund ihrer Reaktion auf gut quantifizierbare Reize erahnen», so Spadavecchia. Dies vor Augen, bediente sich ihr Team der Uni Bern innovativer neurophysiologischer sowie physikalischer Methoden, um den gefühlten Folgen des Enthornens auf die Schliche zu kommen. Mit speziellem Laser, einem druckerzeugenden Gerät und sogenannten Von-Frey-Filamenten wurde geprüft, wie empfindlich 30 Kälber auf Druck am Kopf rund um den Hornansatz reagieren. Der erste Teil der Studie, dessen Ergebnisse im Februar dieses Jahres publiziert wurden, bezog sich auf die Zeit unmittelbar nach dem Eingriff. Danach litten in den ersten 24 Stunden nach dem Wegbrennen der Hörner praktisch alle untersuchten Kälber an Schmerzen, obwohl sie während des Eingriffs bestmöglich mit lokalen Betäubungs- und Schmerzunterdrückungsmitteln versorgt worden waren. Dies galt unabhängig davon, ob die Enthornung bereits eine Woche oder erst vier Wochen nach der Geburt vorgenommen wurde.

Brisanter ist der Befund des zweiten, noch nicht veröffentlichten Teils der Untersuchung. Erstmals überhaupt zeigte sich, dass die erhöhte Schmerzempfindlichkeit bei 38 Prozent der enthornten Kälber auch drei Monate später noch anhielt. Sie empfanden schon bei leichter, normalerweise nicht schmerzhafter Berührung Schmerz und reagierten empfindlicher auf schmerzhafte Reize als nicht enthornte Artgenossen.

Schelbert kritisiert den Bundesrat

Was heisst das für die betroffenen Tiere? Um ihren Kopf zu schützen, sind sie etwa bei Interaktionen mit anderen Tieren eingeschränkt oder bewegen den Kopf beim Fressen durch die Gitterstäbe so wenig wie möglich, damit es ihnen nicht wehtut. Diese Strategien mussten die untersuchten Kälber ihr ganzes Leben lang anwenden. Denn das dauerte so lang wie die Studie, im Alter von drei Monaten wurden sie geschlachtet.

Wie sich die Schmerzempfindlichkeit später entwickelt, wurde bisher nicht analysiert. «Es könnte sein, dass der Prozentsatz mit der Zeit abnimmt, aber wir wissen es nicht», erklärt die Tier-Schmerztherapeutin. Sie weist auf Parallelen zu uns Menschen hin: Auch da litten nach normalen Operationen zwischen 30 und 40 Prozent der Patienten jahrelang an chronischen Schmerzen. Einer verfolgt Spadavecchias Untersuchungen mit besonderem Interesse: Der grüne Luzerner Nationalrat Louis Schelbert hatte den Bundesrat per Motion verpflichten wollen, untersuchen zu lassen, ob Enthornen zu Phantomschmerzen führt. Zu Schmerzen also, wie sie bei Menschen mit amputierten Gliedmassen auftreten können, aber auch bei Hühnern, deren Schnabel coupiert wurde. Nachdem ihn der Bundesrat auf die laufenden Untersuchungen der Vetsuisse-Fakultät aufmerksam gemacht hatte, zog Schelbert seinen Vorstoss zurück. Inzwischen ist er selber aus dem Nationalrat zurückgetreten – und findet es «skandalös, dass die Erkenntnisse den Bundesrat und die zuständigen Bundesämter nicht interessieren». «Die Verwaltung hätte erste Ergebnisse in die Botschaft einarbeiten können oder mit der Publikation noch ein bisschen zuwarten können – aber nichts geschah», kritisiert er.

Spätestens jetzt müssten Bundesrat und Verwaltung zugeben, dass Enthornen für viele Tiere problematisch sei, findet Schelbert. Und kommt zum Schluss: «Das Tierwohl ist schlicht nicht gefragt.» Ob sich interessierte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aus erster Hand informieren und eine eigene Meinung bilden werden können, ist mehr als fraglich. Denn die Studie ist zwar zur Publikation eingereicht. Doch es wird, wie Spadavecchia befürchtet, kaum bis zum Abstimmungssonntag reichen.

Eine hornlose Kuh auf einem Bauernhof in Schaffhausen. Bild: Melanie Duchene/Keystone (20. Mai 2018)

Das will die Initiative

Die Hornkuh-Initianten um Bergbauer Armin Capaul fordern, dass der Bund Tierhalter **finanziell unterstützt,** wenn sie ihre Kühe und Ziegen nicht enthornen. Wie viel Geld die Bauern pro Tier erhalten sollen, lässt der Initiativtext offen. Ursprünglich hatte Capaul einen **Hörnerfranken** gefordert: einen Franken pro Kuh und Tag. Die Kosten sollen gemäss den Initianten anderswo im Landwirtschaftsbudget eingespart werden – wo genau, ist ebenfalls offen. Ziel der Initianten ist es, dass weniger Tiere enthornt werden. Bundesrat und Parlament empfehlen die **Initiative zur Ablehnung.** Abgestimmt wird am **25. November 2018.** *(mjb)*

Politiker stemmen sich gegen Sparpläne des Bundesrats

Unwetter Aus Spargründen hat der Bundesrat Projekte für bessere Unwetterwarnungen gestoppt. Das stösst auf Widerstand: CSP-Politiker Karl Vogler will den Entscheid der Regierung rückgängig machen. Und er ist damit nicht allein.

Extreme Trockenheit im Sommer, aber auch starker Regen und Felsstürze: Wegen des Klimawandels dürften extreme Wetterereignisse in der Schweiz zunehmen. Der Bund wollte deshalb die Unwetterwarnungen verbessern: Sie sollten präziser werden, und auch vor Trockenheit und Erdrutschen wollten die Behörden künftig warnen können.

Doch der Bundesrat hat diese Projekte gestoppt. Er will die benötigten zusätzlichen 13,5 Vollzeitstellen aus Spargründen nicht genehmigen. Bereits im April legte er das Projekt zu den Trockenheitswarnungen auf Eis, die übrigen geplanten Massnahmen stoppte er diesen Sommer, wie Radio SRF berichtete. Das letzte Wort scheint in dieser Sache jedoch noch nicht gesprochen – denn nun schalten sich Parlamentarier ein. Der Obwaldner CSP-Nationalrat Karl Vogler kritisiert den Entscheid des Bundesrats, die Projekte zu stoppen.

«Das kostet zwar, aber ...»

Vogler spricht von einer «völlig falschen Prioritätensetzung» und sagt: «Alle Zeichen deuten darauf hin, dass wir in Zukunft wegen des Klimawandels mehr Dürreperioden und Unwetter haben werden.» Darauf müsse die Schweiz reagieren. Bessere Prognosen seien wichtig, um Präventionsmassnahmen zu treffen. «Das kostet zwar etwas», sagt der Obwaldner, «aber es dient dazu, die Bevölkerung zu schützen und wirtschaftliche Schäden – zum Beispiel in der Landwirtschaft – möglichst zu verhindern.» Vogler kündigt deshalb Widerstand gegen den Entscheid an: Er will den Bundesrat per Motion zwingen, die Projekte wie geplant durchzuführen.

Dabei kann er zumindest auf die Hilfe von links-grün zählen. Der Zürcher Grüne Bastien Girod etwa kündigt an, einen solchen Vorstoss zu unterstützen. Auch der Basler SP-Nationalrat Beat Jans will das voraussichtlich tun. «Bessere Hitze- und Trockenheitsprognosen könnten für ältere Menschen, für viele Unternehmen und Landwirte von grossem Nutzen sein», argumentiert der SP-Politiker.

> «Alle Zeichen deuten darauf hin, dass wir in Zukunft wegen des Klimawandels mehr Dürreperioden und Unwetter haben werden.»
>
> **Karl Vogler**
> CSP-Nationalrat

Präzisere Gewitterprognosen

Der Bund hatte ursprünglich mehrere Massnahmen geplant, um das Warnsystem zu verbessern. Zum einen sollten die Unwetterwarnungen örtlich präziser werden. Heute sind die Warnungen gerade bei Gewittern oft ungenau, da das Warnsystem die Schweiz in lediglich 159 Regionen aufteilt. Das werde den heutigen Erwartungen der Bevölkerung nach detaillierten Informationen nicht mehr gerecht, heisst es in einem Bericht des Bundes von Mitte April. Ein weiteres Projekt sah bessere Warnungen vor Massenbewegungen wie Erdrutschen vor. Heute werden nur bestimmte gefährdete Gebiete überwacht. Technisch wäre es dank Satellitendaten bereits heute möglich, kleinste Erdverschiebungen flächendeckend zu erfassen. Diese können Hinweise darauf geben, wo es zu Rutschungen kommen könnte. Laut dem Bericht von Mitte April fehlt aber das Personal, um die Satellitendaten laufend auszuwerten.

Auch ein System zur Vorhersage von Trockenheit und Dürre wollte der Bund ursprünglich entwickeln. Dieses Projekt stoppte der Bundesrat im April – just als die extreme Trockenheit begann.

Maja Briner